

LEITARTIKEL

Michael Winkler

Der 15. Kinder- und Jugendbericht

1 Zwischen Lob und Langeweile

Jugendberichte waren eigentlich immer anstößig. Im guten Sinne des Ausdrucks: Der fünfte Jugendbericht stellte vor 35 Jahren die Weichen für eine moderne Kinder- und Jugendhilfe, mit dem sechsten wurde klar, dass Jugendhilfe ohne Bezug auf junge Frauen nicht zu denken ist. Der neunte Bericht verhandelte in einer zu wenig beachteten Weise die Situation der Jugend in den Neuen Bundesländern. Der zehnte Bericht nimmt erstmals auf Kinder Bezug, mit ihm setzen verstärkt Anstrengungen ein, das Niveau einer streng sozialwissenschaftlichen Untersuchung zu erreichen. Die Berichte bewegen sich nun in einem schwierigen Spagat zwischen einem dezidiert szientifischen Verständnis, das theoretische Reflexion eröffnet sowie den Anforderungen der Politikberatung und des Versuchs genügt, der Jugendhilfepraxis ein eher konzeptionelles und auch normativ anregendes Kompendium in eigener Sache zu bieten: Informationen, Daten, Rahmungen und Perspektiven, die Selbstvergewisserung ermöglichen, sich zudem in der Ausbildung bewähren.

Bei aller Kritik im Einzelnen dienen Jugendberichte daher als Standardwerke, gleich ob sie nun als Gesamtberichte zur Situation von Kinder und Jugendlichen sowie des gesellschaftlichen Umgangs mit diesen angelegt sind, oder spezielle Themen aufgreifen, wie etwa der 13. Jugendbericht, der als „Gesundheitsbericht“ wichtige Anstöße für die Debatte um Inklusion gab. Dabei leben die Jugendberichte eigentlich von ehrenamtlichem Engagement, selbst wenn die Leistungen des Deutschen Jugendinstituts kaum zu überschätzen sind. Die Kommissionen leiden unter lächerlicher Ausstattung; ihre Mitglieder haben kaum Einfluss auf den Berichtsauftrag, opfern ihre Freizeit und können höchstens auf Reputationsgewinne hoffen.

Vor diesem Hintergrund darf man einen solchen Bericht nur loben, alles andere ist ungerecht. So sind auch die ersten Stellungnahmen zu dem jüngsten, dem 15. Bericht eher positiv ausgefallen. Gleichwohl fällt es schwer, sich ihnen anzuschließen. Um es ein wenig hart zu formulieren: Dieser Bericht enttäuscht. Er wirkt – was nun kein ernstes Kriterium ist – langweilig, allzumal aufgrund überflüssiger Wiederholungen und einer fast Mantra-gleich vorgetragenen Klage über den Mangel an Daten. Er tritt zwar gelehrt auf, metatheoretisch durchdacht und zugleich seltsam diffus, wenig hilfreich, wenn und sofern man sich von ihm eine allgemein- oder fachpolitische Perspektive erhofft.

Was gibt Anlass zu diesem – zugegeben – harten Urteil? Zuallererst: Der Bericht entstand in einer Zeit, die durch die Auseinandersetzungen um eine Reform des Kinder- und Jugendhilfrechts geprägt war. Dabei ging es um Inklusion sowie um die Einführung von Ganztagsangeboten im Bildungssystem. Faktisch werden zwei Lebensjahrzehnte von institutionellen und auf formalisiertes Lernen ausgerichteten Settings beherrscht. Man möchte schon wissen, was das für das Aufwachsen der jungen Menschen selbst, was es aber auch für aktuelle und künftige gesellschaftliche Entwicklungen bedeutet. Es hat schließlich Züge eines großen sozialökologischen Experi-

ments, wenn Sozialisation über einen langen Zeitraum – zumindest vermeintlich – professionell und mehr oder wenig instruktionstechnisch angelegt durchgeführt wird. Zumal man in Politik und Öffentlichkeit wohl hoffte, dass der Umbau des Bildungswesens die Kinder- und Jugendhilfe tendenziell überflüssig werden lässt – ziemlich naiv, vergegenwärtigt man sich die entscheidende Rolle von Schule bei Jugendhilfefällen. Endlich war ein massives Unbehagen im Handlungsfeld entstanden, weil sich die politische Aufmerksamkeit der (frühen) Kindheit zugewandt hat, während Jugend schlicht in Vergessenheit zu geraten schien. Ein fataler Vorgang, bilden doch Jugendliche vorrangig die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

2 Von Jugenden ohne Jugend

So gesehen gab und gibt es sehr gute Gründe, wieder einen veritablen *Jugendbericht* vorzulegen. Offensichtlich gibt es da viel zu sagen. Mit einem Umfang von insgesamt 575 Seiten wird der Bericht nur noch vom neunten Bericht übertroffen. Der Bundestag hat sich auch bei ihm vom üblichen zweiseitigen Format seiner Drucksachen verabschiedet. Wider den Rat von allen, die sich jemals mit Layout und der Fähigkeit befasst haben, lesend Sinneinheiten zu erfassen. Die Zeilen sind zu lang geworden, die Lektüre strengt an, irgendwann verliert man Aufmerksamkeit und Lust. Auch so entsteht Politikverdrossenheit. Völlig von jeglicher Norm weicht die Seitenzählung ab, links finden sich die ungeraden, rechts die geraden, ziemlich willkürlich sind Freiseiten eingefügt, spätestens beim Zitieren macht einen das kirre.

Der Bericht folgt weitgehend der üblichen Großgliederung: Die Stellungnahme der Bundesregierung leitet ihn ein, mit einer kurzen Erinnerung an den Berichtsauftrag sowie dem – üblichen – Selbstlob, nach welchem die Auffassung der Bundesregierung bestätigt sei; er bestärke ihren Ansatz einer „Eigenständigen Jugendpolitik“. Der Berichtsauftrag spiegelt sich im Untertitel: „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. Allerdings: Persönlichkeitsentwicklung wird kaum thematisch. Entwicklungspsychologische Einsichten, erst recht psychoanalytische oder (neuro-)biologische Befunde finden sich im Bericht nicht. Er ist strikt, aber eng sozialwissenschaftlich angelegt. Dem Hauptteil geht ein langes Vorwort des Vorsitzenden der Kommission, Thomas Rauschenbach, voran, das den Bericht in seinen Intentionen und in seiner Gliederung referiert, dabei noch einmal Bezug auf den Berichtsauftrag nimmt – ein Indiz dafür, dass die Kommission mit diesem nur bedingt glücklich gewesen ist. Dreißig weitere Seiten bieten eine Zusammenfassung, die Schlüsselbefunde und Kernüberlegungen präsentiert, um dann in 22 Punkten eine Art Programmatik vorzustellen; sie steht unter der Überschrift „Jugend ermöglichen“ als zentrale gesellschaftliche Aufgabe der Zukunft“. Von einer „Art Programmatik“ muss gesprochen werden, weil Zusammenfassung wie Kapitel selbst sich nicht so recht entscheiden können, ob sie Problem- und Aufgabenfelder benennen oder Empfehlungen aussprechen wollen. Mögliche Richtungen künftiger Politikgestaltungen weist der Bericht jedenfalls nicht aus – was angesichts neuer Mehrheitsverhältnisse im Bundestag als verlorene Chance gelten muss. Neu ist, dass der Bericht in einer Kurzfassung als Broschüre für Jugendliche zu erhalten ist. Wie üblich sind die Materialien, insbesondere die Gutachten in einem – ausgesprochen lohnenswerten – Band zugänglich gemacht worden.

Der Bericht selbst ist in acht Kapitel gegliedert:

Das erste Kapitel unternimmt den ambitionierten Versuch, den Untersuchungsgegenstand „Jugend“ im Kontext der Diskussionen um Jugend zu konstituieren. Dabei wird zum einen die methodisch leitende Grundidee entwickelt, jeglichen Substanzialismus zu vermeiden und von vorn-

herein auf die soziale und kulturelle *Produktion* von Jugend abzuheben. Erstaunlicherweise liest Thomas Rauschenbach das in seinem Vorwort anders, nämlich durchaus bestimmt und unter Bezug auf „innere Gemeinsamkeiten“. Er hält als Leitfigur des Berichts fest, es gehe diesem um „Jugend als einen Integrationsmodus demokratischer Gesellschaften für die nachwachsende Generation an der Schwelle zum selbstverantwortlichen Erwachsenen“ (42). Das lässt ein wenig stutzen, weil autoritäre Gesellschaften dann keine Jugend kennen, eröffnet aber eine Perspektive, die man übrigens dem Bericht hoch anrechnen muss: Ziemlich durchgängig hebt er die Bedeutung des Jugendalters für politische Bildung hervor.

Im ersten Kapitel stellt sich jedenfalls als Leitfrage: Wie wird Jugend ermöglicht? Allerdings verzichtet der Bericht auf jegliche heuristische Skizze, die ein Verständnis von Jugend durch vorsichtige und vielleicht vorläufige Eingrenzungen oder den Rückgriff auf Alltagssprache ermöglicht. Dabei möchte man ganz pragmatisch und alltagstheoretisch festhalten, dass es bislang ganz gut gelungen ist, Jugend in einem Lebensabschnitt zwischen zwölf und zwanzig Jahren einzusortieren, mit Differenzierungen wie der Postadoleszenz und den jungen Erwachsenen, die sich sozusagen auf der long winding road (Arnett) bewegen, die mit dem 30. Lebensjahr endet. Dass es dabei viele Unterschiede gibt, abhängig von sozialen Zusammenhängen und Erfahrungen, von familiären und individuellen Konstellationen, trifft selbstverständlich zu – nur: Entdecken lässt das erst eine selbstverständlich revisionsfähige Konzeption.

Dennoch setzt die Kommission im Grunde nach einer Dekonstruktion des Jugendbegriffs ein, um dann mit einer ziemlich gewagten Volte und über die Annahme „verdeckter Zusammenhänge“ einerseits und der Vorstellung einer generationellen Lage andererseits von der Vielzahl der Jugenden wieder zur Jugend zurückzukehren. Die braucht man auch, weil der angesprochene Integrationsmodus dann über „Qualifizierung, Verselbständigung und Selbstpositionierung“ ausbuchstabiert werden soll, wobei das ganze Geschehen „nicht grundsätzlich ohne Beteiligung und soziale Teilhabe junger Menschen gedacht werden kann“ – so die Zusammenfassung (47).

Es liegt auf der Hand, dass sich die Kommission mit diesem Zugang eine Menge theoretischer und analytischer Probleme eingehandelt hat, soll doch „empirisch abgefragt werden, ob und wie Jugend gegenwärtig politisch und pädagogisch verwirklicht wird“ (75). Ganz vorsichtig gefragt: Wie soll das bitte gehen, wenn man sich in den Dschungel wilder Diskursivität begeben hat? Dabei macht einem schon – traditionell gesprochen, mit der Unterscheidung von Realismus und Nominalismus – zu schaffen, ob und inwieweit dieses Verschwinden von Jugend und ihre Nicht-Gegebenheit sowie ihre offensichtliche Produktion ein Ergebnis sozialer und kultureller Entwicklung sind (wie es übrigens schon vor langer Zeit Gillis erwartet hat) oder sich als Ergebnis eines zunehmend ausdifferenzierten wissenschaftlichen Diskurses einstellen. Noch mehr verblüffen die Ausblendungen, die der Bericht vornimmt, ohne sie ernsthaft zu begründen. So bleibt bei den angesprochenen Kernherausforderungen offen, ob diese allein als soziale Anforderungen oder eher entwicklungspsychologisch zu denken sind, vergleichbar den Entwicklungsaufgaben nach Havighurst. Ein psychologischer Zugang fehlt, ebenso wie biologische oder neuronale Befunde im Bericht keine Rolle spielen. Pubertät findet dann eben nicht statt. Das kann man so machen, wenn gleich damit bekannte Tatbestände ausgeklammert werden – beginnend bei der notorischen Müdigkeit Jugendlicher, die mit ihren biologisch gesteuerten Rhythmen zu tun haben.

Nach diesen – etwas ausführlicher dargestellten – Aufregungen des ersten Kapitels bietet das zweite Kapitel eine Informationsgrundlage, wie man sie sich erhofft hat. Etwas boshaft möchte man sagen: Es geht doch! Hier werden differenziert die Grunddaten zur Situation junger Menschen angeboten, wobei Schwerpunkte bei Fragen der Ausbildungssituation einerseits, bei der Problematik einer sich eher verschärfenden Ungleichheitssituation andererseits liegen. Einmal mehr deutet

sich an, was aus anderen Untersuchungen bekannt ist: Die sozialpolitischen Maßnahmen und die Anstrengungen im Bildungssystem verstärken eher die Ungleichheit. Man muss wohl schon über Gesellschaftsstrukturen sprechen, über das – wie die im Bericht nicht einmal erwähnten Wilkinson und Pickett es genannt haben – *spirit level* in einer Gesellschaft.

Das dritte Kapitel wendet sich dem Alltagsleben der Jugendlichen zu, fokussiert zunächst einmal auf familiäre Beziehungen, um den Blick dann auf Peers zu erweitern. Erneut fällt auf, dass und wie psychologische Befunde ausgeblendet werden, die doch von Interesse im Blick auf die Frage nach der Persönlichkeitsentwicklung gewesen wären. Martin Dornes hat beispielsweise nach der Auswertung zahlreicher Familien- und Jugendstudien konstatiert, dass die jungen Menschen jeglichem Heroismus abhold wären, die Konflikte in familiären Kontexten einem einigermaßen harmonischen Miteinander gewichen seien, zumal die Dienste der Jugendhilfe fast schon normalisiert in Anspruch genommen werden. Das ist zumindest eine nette Geschichte, an die man anknüpfen hätte können. Der Bericht wendet sich auch dem Thema Sexualität im Jugendalter zu, um – erfreulicherweise – Entwarnung gegenüber der *moral panic* zu geben, die mit Stichworten wie „Generation Porno“ ausgelöst wurde. Hilfreich endlich die Daten zum Engagement von Jugendlichen in Verbänden und Vereinen, allzumal im politischen Feld. Das vierte Kapitel über das digital-vernetzte Leben Jugendlicher stellt ebenfalls ausführlich und sehr differenziert, vor allem im Urteil zurückhaltend die digitale Lebenswelt junger Menschen dar.

Mit dem fünften Kapitel begibt sich der Bericht auf eine schwierige Gratwanderung zwischen seinem eigentlichen, eben durch den Bezug auf Jugendliche bestimmten Untersuchungsanliegen und dem eines Bildungsberichts – der übrigens nahezu gleichzeitig vorgelegt wird. Der Schwerpunkt gilt den Effekten der Ganztagschule, inspiriert durch die im 14. Kinder- und Jugendbericht angedeutete Möglichkeit einer „habituellen Prägung“ junger Menschen. Deutlich ist: Die Lebenssituation junger Menschen hat sich durch die Ausweitung von Schule massiv verändert. Es geht in der Tat um eine „gesellschaftliche Regulierung von Jugend“ (330), wobei das Geschehen reichlich unkritisch beurteilt wird, obwohl die „Handlungswidersprüchlichkeiten“ deutlich sichtbar sind (331). Nun ist die Beschreibung der Spannungsfelder und Befunde hilfreich, überraschen muss jedoch, in welchem Ausmaß der Bericht der Sicht des Schulsystems folgt, ohne auch nur eine Grundposition von Jugendhilfe anzudeuten. Dass dieses, wie Richard Münch beispielsweise eher trocken festgehalten hat, selbst von strukturellen Widersprüchen zerrissen wird, spielt keine Rolle, obwohl man sich nun ernsthaft nicht vorstellen kann, dass die Persönlichkeitsentwicklung davon nicht betroffen sei; die vielfältige Kritik an einem System, das mit seiner Orientierung an Kompetenzen durchaus Lernmöglichkeiten vorenthält, taucht nicht einmal ansatzweise auf. Der Bericht folgt einer Bildungspolitik, die Ganztagschule als alternativlos sieht, beklagt dann, dass die großen Erwartungen nicht wirklich eingelöst werden. Selbst die nun für den Bericht genuine Frage nach der Kooperation von Schule und Jugendhilfe wird ziemlich lapidar damit beantwortet, dass die Rolle der Jugendhilfe „bis heute nicht eindeutig geklärt“ sei (360). Dabei setzt sich zusätzlich eine fast verdinglichende Sicht durch, die auf die (mangelnden) Leistungen des Bildungssystems abhebt, nach den Folgen für die Jugendlichen aber gar nicht mehr fragt, obwohl es sogar im präsentierten Datenmaterial deutliche Hinweise auf solche gibt (so etwa in der Abbildung 5–7, S. 352). Der Bericht hätte vielleicht selbst verdeutlichen können, dass Jugendhilfe eben anders denkt als das Bildungssystem!

Das sechste und das siebte Kapitel wenden sich nun den klassischen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe zu, nämlich der Kinder- und Jugendarbeit im gesellschaftlichen Wandel, dann den Sozialen Diensten für Jugendliche und junge Erwachsene im institutionellen Gefüge des Aufwachsens. Schon die Formulierung der Überschrift macht deutlich, dass die Aufmerksamkeit den Ein-

richtungen gilt, nicht den konkreten Praktiken oder dem Handlungssinn, der dem Geschehen von den Beteiligten zugesprochen wird. Der Bericht verweist hier auf den capability approach, der zu einer Umkehr der „Beweislast“ geführt habe, weg von der „subjektiven Ebene“ hin zu der Ebene, „ob es den sozialen Diensten gelingt, die Fähigkeiten und Aspirationen entsprechend zu entfalten und zu fördern“ (427). Eine Formulierung, die dann doch symptomatisch für den Bericht insgesamt ist: Subjektivität, Agency, eigene Entwicklung verschwinden als Perspektive, die Produktion von Wohlfahrt wird hingezogen zum Maßstab der Dinge.

Das Kapitel konzentriert sich auf vier Felder: nach dem Blick auf die Ganzttagsschule und mit-hin das Bildungswesen naheliegend (wenn auch ziemlich oberflächlich) auf das „Übergangssystem“ zwischen Schule und Berufsausbildung bzw. Beruf, dann eher pauschal auf die Hilfen zur Erziehung sowie auf Inklusion. Ausführlicher wird die Situation junger Menschen in der „Lebenslage Flucht“ dargestellt. In der Summe bleibt dieses siebte Kapitel sehr knapp und dünn, viel erfährt man nicht über die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe, schon gar nichts über die Jugendlichen als Handelnde in dieser. Nüchtern betrachtet wirken beide Kapitel eher erratisch, kaum mit den anderen Kapiteln verbunden, zumal schräge Aussagen in ihnen zu finden sind, übrigens in einem apodiktischen Ton, der sprachlos macht: „Vernachlässigt wurde bislang in allen Arbeitsfeldern der stationären Jugendhilfe die besondere Lebenslage der Adressatinnen und Adressaten“ (324). Ein Satz, der sich wohl auf Mediennutzung bezieht. Dennoch: So kann man angesichts der Forschungslage über die Lebenslage von jungen Menschen in Hilfen wirklich nicht reden.

Das achte Kapitel fasst unter der Überschrift „Jugend ermöglichen“ Befunde und Überlegungen zusammen, plädiert für eine neue Jugendorientierung in Politik und fachlichen Kreisen – und steht unweigerlich in Spannung zu dem Entwurf des ersten Kapitels, das schließlich an der Existenz von Jugend zweifeln lässt, höchstens unterschiedliche Jugenden als Vorstellung erlaubt.

3 Latente Normativität jenseits von Sozialpädagogik

Festzuhalten ist sicher, dass der Bericht eine Vielzahl von Befunden vorlegt, die zu denken geben (müssen). Darin setzt er eine gute Tradition fort; einmal mehr werden die Disparitäten aufgezeigt, die sich regional wie in den Lebensverhältnissen geben, wobei offenbleibt, was sie nun für die Akteure bedeuten. Offensichtlich haben die Mitglieder der Kommission ihren eigenen Augen, ihren Erfahrungen und ihrem Denken nicht vertraut und sprechen manchen Daten mehr Glaubwürdigkeit zu, als lebensweltlich erlaubt ist. Dass – beispielsweise – zwischen Ganzttagsschulen und Vereinen eine mehr oder weniger harmonische Beziehung besteht, bestätigt jedenfalls kaum ein Sportverband.

- Das führt zu einem ersten Vorbehalt gegenüber dem Bericht: Was sich zuletzt als der große Gewinn zeigte, nämlich die Entwicklung hin zu einer datengestützten Sozialberichterstattung verkehrt sich nun in eine seltsame Mischung von Positivismus und Ignoranz. So durchzieht ihn ein fast larmoyanter Ton, den man sich im Wissenschaftssystem leisten kann, nicht aber an der Schnittstelle zur (politischen) Öffentlichkeit: Durchgängig beklagt der Bericht, dass die Verhältnisse unklar und undeutlich sind, dass verlässliche oder belastbare Daten fehlen, dass alles ein wenig intransparent sei. Dabei deckt doch Forschung immer Lücken der Erkenntnis auf, zumal sie stets vor dem Dilemma steht, dass hohe Datenaggregation und Verallgemeinerung der besonderen Situation Gewalt antut, dass biographisch orientierte Forschung in letzter Konsequenz zu dem Ergebnis führt, dass der Fall einzigartig ist. Die kreative Leistung sozialwissenschaftlicher Forschung besteht doch eben gerade darin, wenigstens eine

Intuition von struktureller Relevanz und gegenständlicher Relevanz zu entwickeln. Kurz: Der Bericht verweigert sich jeglicher Theoriebildung, vermeidet selbst noch einen kleinen Ausflug in das, was einst soziologische Phantasie genannt wurde; Phantasie, die den sozialen Sinn entdeckt, den Menschen ihrem Tun beimessen. Das lässt sich sogar noch ein bisschen zuspitzen: Der Bericht kultiviert einen Datenfetischismus, bei dem außen vor bleibt, dass es immer noch um Praxis geht, um menschlich-sinnhafte Aktivitäten.

- Offensichtlich sollen dies – zweitens – Formulierungen kompensieren, die sich soweit aufblähen, dass Wissenschaftssprache zur Satire verkommt. Etwa in der Bemerkung: „Im Kontext der transnationalen Familienforschung wird allerdings deutlich, dass nach vielen Jahren der Brief- und Telekommunikation heute die digitale Kommunikationstechnologie zur Aufrechterhaltung von familialen Beziehungen erheblich bedeutsam ist“ (316); platt gesagt: Familien halten über *skype* zusammen, nicht mehr über das Telefon. Wenige Zeilen später folgt die noch sprachlich schwierige Forderung, die „Mischformen leiblicher An- und Abwesenheit (sic!) und damit nicht zuletzt auch das Medienhandeln von transnationalen Familienbeziehungen (sic!) stärker in den Blick der Forschung zu nehmen“ (ebenda). Selbst über die Leitfiguren des Berichts, also über Selbstpositionierung, Qualifizierung und Verselbständigung könnte man in dieser Hinsicht streiten, zumal eine reflektierte Erörterung fehlt, vom Anschluss an traditionelle Semantiken ganz zu schweigen. Möglicherweise sollte die Welt neu erfunden werden, doch bleibt dabei ziemlich unklar, wie die wohl nur rhetorisch beschworenen Akteure eigentlich dies tun, was ihnen als Erwartung zugesprochen wird.
- Ganz besonders verunsichert: Der Bericht insistiert auf eine erfahrungsgestützte Darstellung, will nüchtern analysieren, doch durchzieht ihn eine latente Normativität. Zum einen reproduziert er unkritisch und ohne jegliche Sympathie für seine Klientel, was dieser gesellschaftlich zugemutet wird. Abgesehen von eher komplexen Mechanismen in Gesellschaft und Kultur stellt sich schon die Frage, ob und wie Menschen eigentlich noch Autonomie oder Kritikfähigkeit gewinnen können, wenn sie nahezu unablässig einer absichtsvoll inszenierten und institutionalisierten Sozialisation ausgesetzt sind; da wird nicht nach Freiräumen gefragt, sondern alles unternommen, um diese zuzustellen. Und so zu tun, als ob Ganztagschulen verhandelt werden können, ohne überhaupt nur die Frage nach Inhalten zu stellen (um von der Selektionsfunktion mal ganz abzusehen), rückt schon an Dreistigkeit heran. Noch fragwürdiger erscheint jedoch, wenn der Bericht – und das ebenfalls als durchgängige Tendenz – der Vorstellung nachhängt, der Staat müsse ein klares, noch juristisch eindeutiges (Meta-)System (cf. 458) von Ordnung schaffen, mit welchem dann junge Menschen geregelt in diese Gesellschaft eingeführt werden können (die doch so unübersichtlich ist). Vielleicht liegt eine soziale Logik in der Vielfalt, der kaum mit Homogenität, Kohärenz und klaren Linien zu begegnen ist. Hier etwa ein einheitliches Jugendgesetz zu fordern, führt zu einer normalisierenden Normierung der Lebensbedingungen, die zum einen unwahrscheinlich ist, zum anderen aber in die Nähe totalitärer Vorstellungen rückt. Besonders fatal erscheint hier die Idee, die Debatte um Kinderrechte nun zu erweitern und zu ergänzen, indem ein einheitliches Jugendrecht gefordert wird (cf. 475). Abgesehen davon, dass die Kinderrechte im Sinne der UN-Konvention den Lebensverhältnissen aller Minderjährigen gelten, führt die Überlegung dazu, jegliche Gruppe mit Sonderrechten auszustatten, so dass am Ende zu befürchten ist, dass beides eintritt, eine Auflösung der universellen Menschenrechte einerseits, ein geradezu verwaltungstechnisch dominierter Totalitarismus andererseits. Dagegen hilft es nichts, wenn eine Sozialpolitik gefordert wird, die infrastrukturelle Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Banal gesagt: Regelung bleibt Regelung, selbst

wenn damit Freiräume geschaffen werden sollen. Mehr als ein Widerspruch in sich selbst ist das nicht.

Gewiss mag man die Heterogenität etwa der Rechtsmaterien beklagen, mag sich wundern darüber, dass sie ganz unterschiedlich die Lebenssituation von Jugendlichen bestimmen und regeln. Dass Rechtssicherheit allzumal bei öffentlichen Eingriffen in die private Lebensführung junger Menschen gegeben sein muss, ist völlig unbestritten. Den Bericht zeichnet aber aus, die gesellschaftlichen Erwartungen an junge Menschen nun in ein umfassendes, möglichst – so im Fall der Ganztagschulen – optimal organisiertes System zu fügen, das dann am Ende gut funktionierende Jugendliche hervorbringt. Das wird dann zwar als Scholarisierung des Lebens festgehalten, die Sinnhaftigkeit des Geschehens steht aber nicht zur Debatte. Von den Freiräumen bleibt dann wenig übrig, Selbständigkeit ist nur in den vorgegebenen Kontexten möglich, die ihre Anerkennungsmechanismen nutzen – mehr aber auch nicht.

Nun kann man dies als den Lauf der sozialen Welt interpretieren, vielleicht sehen so die moderne Demokratie und ihr Integrationsmodus aus. Ein Jugendbericht muss eben die Verhältnisse verdeutlichen, selbst wenn die einigermäßen brachial wirken. Dass er sich den kritischen Fragen dazu entzieht, dass er Überlegungen darüber vermeidet, die nach anderen Möglichkeiten des Aufwachsens, Lebens und Lernens suchen, verwundert gleichwohl. Insbesondere im Blick auf diejenigen, die neben Politik und Öffentlichkeit sich mit Hilfe der Jugendberichte informieren, nämlich die in den einschlägigen Feldern professionell Tätigen. Die sollte auszeichnen, dass sie mit Unbestimmtheit und Unklarheit umgehen, in den einzelnen Fällen und für diese, dabei nicht Regelungen, sondern Offenheit sichern, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung zulassen. Das nennt man übrigens Pädagogik, wenn nicht sogar Sozialpädagogik. Wenn ich es recht sehe, kommt dieser Ausdruck im Bericht gerade zwei Mal vor (S. 361 und 460). Das sagt dann doch einiges über ihn aus.

Literatur

Deutscher Bundestag – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Drucksache 18/11050, Berlin 2017.

Sachverständigenkommission 15. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.), Materialien zum 15. Kinder- und Jugendbericht. Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter, München 2017.

Dornes, M., Die Modernisierung der Seele. Kind – Familie – Gesellschaft, Frankfurt am Main 2012.

Münch, R., Globale Eliten, lokale Autoritären. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co, Frankfurt am Main 2009.

Wilkinson, R./Pickett, K., The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone, London 2010.

Verf.: Prof. Dr. Michael Winkler, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Bildung und Kultur, Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik, und Theorie der Sozialpädagogik, Am Planetarium 4, 07737 Jena, E-Mail: michael.winkler@uni-jena.de